

# Beilage 1299/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags

betreffend ein Einsatzkonzept für den Verbleib der Grenzpolizisten  
in Oberösterreich

**Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Öö. Landtag möge beschließen:**

### Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, bei der  
Bundesregierung dafür einzutreten, dass

- ein Grenzraumsicherheitspaket zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsstandards in den Grenzregionen nach der Schengen-Erweiterung durch dementsprechende Personalplanungen, organisatorische Maßnahmen im Dienstbetrieb und verstärkte Ausgleichsmaßnahmen wie zum Beispiel verstärkte Schleierfahndungen entwickelt wird,
- sichergestellt wird, dass ein großer Teil der ca. 160 Grenzpolizisten auch künftig im Grenzraum und im grenznahen Raum im Einsatz sind und die weiteren Polizisten andere Polizeiinspektionen, insbesondere im Zentralraum, verstärken,
- damit Oberösterreich ausreichend Personal für die Verkehrsüberwachung und Kriminalitätsbekämpfung zur Verfügung steht.

### Begründung:

Auch nach der geplanten Erweiterung des Schengenraums mit 1.1.2008 muss die Sicherheit in Oberösterreich, insbesondere im Grenzraum und im grenznahen Raum, gewährleistet bleiben. Oberösterreich ist auf Grund seiner Grenze zu Tschechien von möglichen Auswirkungen durch die Schengenraumerweiterung direkt betroffen. Aus diesem Grund treten die unterzeichnenden Abgeordneten dafür ein, dass möglichst rasch ein Maßnahmenpaket zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsstandards vorgelegt wird, um damit den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Dafür sind organisatorische Maßnahmen im Dienstbetrieb und in der Dienstverrichtung sowie verstärkte Ausgleichsmaßnahmen in den Grenzbezirken notwendig.

Insbesondere wird gefordert, dass künftig anstatt Grenzkontrollen ein Schwerpunkt auf die

Grenzraumüberwachung gelegt wird. Maßnahmen wie Schleierfahndung oder verstärkte Überwachung und Kontrolle von Transitrouten haben oberste Priorität.

Linz, am 1. Oktober 2007

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Strugl, Orthner, Schürrer, Lackner-Strauss, Eisenrauch, Entholzer, Steinkogler, Stelzer, Baier, Pühringer, Hingsamer, Brunner, Aichinger, Bernhofer, Kiesl, Hüttmayr, Mayr, Weinberger, Steinkogler, Schillhuber, Jachs, Brandmayr, Ecker, Frauscher, Stanek**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Affenzeller, Eidenberger, Bauer, Frais, Makor-Winkelbauer,  
Mühlböck, Röper-Kelmayr, Kapeller, Pilsner, Schreiberhuber**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Steinkellner**